

Dr. Francisco Welter-Schultes
- Piratenpartei -

Mitglied im Rat der Stadt Göttingen
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen

fwelter@gwdg.de - 0151-51216527



Göttingen, 07.01.2019

Pressemitteilung

Widerspruch gegen Prioritätensetzung für weiteres Neubaugebiet in Roringen

Die SPD beantragt im Bauausschuss am 10. Januar 2019, Planungskapazitäten im Baudezernat für die Entwicklung eines weiteren **Einfamilienhaus-Neubaugebietes in Roringen** bereitzustellen [1]. Neben einem weiteren fragwürdigen Flächenverbrauch (3,7 Hektar) und Auswucherung der Besiedlung ins Umland würde dies Planungskapazitäten im Baudezernat binden, die dann für Schutz und Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in der Kernstadt nicht mehr zur Verfügung stünden.

Am 22. November 2018 hatte die Verwaltung im Bauausschuss dargelegt, für welche Projekte das Personal des mit 13 Mitarbeitern besetzten Fachbereichs Stadtplanung derzeit eingeplant ist [2]. Angesichts dessen, dass bereits Kräfte für die Erschließung von Einfamilienhaus-Neubaugebieten in **Esebeck** und **Hetjershausen** gebunden sind, und der bezahlbare Wohnraum aktuell viel dringlicher ist, stellt sich in Zeiten dramatischer Mietpreisentwicklungen die Frage nach der Prioritätensetzung in der städtischen Wohnungsbaupolitik der SPD.

In Roringen wird zudem gerade ein Neubaugebiet erschlossen (Am Menzelberg) - welches aufgrund der hohen Baupreise für die Stadt erheblich teurer wird als veranschlagt. Der Rat musste im Juni 2018 fast 100.000 EUR, die eigentlich zur Beseitigung von Unfallschwerpunkten gedacht waren, nach Roringen verschieben [3]. Schon hier stellte sich die Frage nach den Prioritäten.

Die CDU forderte im November eine höhere Priorisierung für die Ausarbeitung eines Bebauungsplans für das **Altdorf Weende** - ein Antrag, der von Piraten und Linken ausdrücklich befürwortet wurde. Hintergrund sind massive Fälle von Grundstücksaufkäufen. Bestehende Mietshäuser werden aufgekauft, die Häuser abgerissen und gegen viel größere Neubauten mit teuren Mieten ersetzt. Bauleitplanung ist nicht nur dazu da, neue Wohnbaugebiete zu entwickeln. Sie kann auch dazu genutzt werden, bezahlbaren Wohnraum zu schützen - nämlich dann, wenn das Maß der baulichen Nutzung oder die Dachform so festgelegt werden, dass die erreichbaren Gewinnmargen weniger hoch ausfallen und die Mietshäuser erst gar nicht aggressiv aufgekauft und entmietet werden.

Es ist erstaunlich, dass in Zeiten der Verknappung von bezahlbaren Mietwohnungen die CDU einer Großstadt sich um Ziele sozialer Wohnraumpolitik bemüht und darin von linken Gruppierungen unterstützt wird - während gleichzeitig die SPD im Bauausschuss eine stärkere Schwerpunktsetzung bei Einfamilienhäusern und Landschaftsverbrauch einfordert.

Quellen:

[1] Bauausschuss 10.01.2019: <https://ratsinfo.goettingen.de/bi/vo020.asp?VOLFDNR=17957>

[2] Bauausschuss 22.11.2018: <https://ratsinfo.goettingen.de/bi/to020.asp?TOLFDNR=118457>

[3] Rat 15.6.2018. <https://ratsinfo.goettingen.de/bi/to020.asp?TOLFDNR=113158>